

Stellungnahme zur Anhörung des Ausschusses für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung AWZ zum Thema

„Entwicklungszusammenarbeit und Außenwirtschaftsförderung“

am 24. September 2009

Dr. Andreas Stamm, Deutsches Institut für Entwicklungspolitik

1 Entwicklungs- und Investitionshindernisse in Entwicklungs- und Schwellenländern

Aus Sicht des Sachverständigen sollte die Betonung der Entwicklungs- und Investitionshindernisse nicht den Blick auf positive Tendenzen in Entwicklungsländern verstellen. Zumindest im gleichen Maße sollten daher die Entwicklungs- und Investitionschancen thematisiert werden. Dies entspricht den empirisch messbaren Globaltendenzen, zudem ergeben sich vor allem aus positiven Entwicklungen Möglichkeiten, die Synergiepotenziale zwischen Entwicklungszusammenarbeit (EZ) und Außenwirtschaftsförderung (AWF) zu nutzen.

Entwicklungsfortschritte: Nach dem letzten Fortschrittsbericht zu den Millenniumszielen der Vereinten Nationen (2007) ging der Anteil der Menschen, die in extremer Armut leben, in den letzten 15 Jahren von fast einem Drittel der Weltbevölkerung auf weniger als ein Fünftel zurück. Der Anteil der Kinder in Entwicklungsländern, die eine Schule besuchen, lag 2005 mit 88% deutlich höher als noch 1991 (80%).

Fortschritte bei der Reduzierung der Armut in ihren unterschiedlichen Dimensionen waren dabei nach Regionen sehr unterschiedlich. Die mit Abstand günstigste Entwicklung ist aufgrund der langfristig hohen wirtschaftlichen Wachstumsraten in Ost- und Südostasien zu verzeichnen. In Südasien wurden Rückgänge bei den Armutsraten teilweise aufgrund des Bevölkerungswachstums überkompensiert, so dass die Gesamtzahl der Armen in einigen Ländern gestiegen ist. Die Entwicklung in Lateinamerika war über lange Zeiträume wenig dynamisch. Problematisch sind die stetig hohen Armutsraten in Subsahara-Afrika, wobei sich hier die Folgen der HIV/Aids-Epidemie massiv auswirken.

Fortschritte bei der Minderung der Einkommensarmut in vielen Weltregionen werden in den letzten Jahren durch deutlich gestiegene Preise bei Lebensmitteln und Energieträgern teilweise gefährdet, da dieser Prozess die Kaufkraft insbesondere der armen Bevölkerungsschichten besonders negativ beeinflusst, die einen überproportional hohen Anteil ihres verfügbaren Einkommens für Güter des Grundbedarfs aufwenden müssen.

Steigende Ausländische Direktinvestitionen. Investitionen in Entwicklungsländer sind seit den 1980er Jahren dynamisch gewachsen. Nach Angaben von UNCTAD wurden **1980** Investitionen in Höhe von **7,7 Milliarden US-\$** in Entwicklungsökonomien getätigt, dieser Wert stieg über 35,9 Milliarden US-\$ (1990) und 256,1 Milliarden US-\$ (2000) auf **379,1 Milliarden US-\$ in 2006**. Der Großteil des Zuwachses entfiel dabei auf **Asien**. Allein die Direktinvestitionen in **China** stiegen in diesem Zeitraum von 57 Millionen US-\$ auf ca. 70 Milliarden US-\$. Auch in **Afrika** stiegen die Investitionen in absoluten Zahlen deutlich an, von ca. 400 Millionen US-\$ auf 35,5 Milliarden US-\$ (1980-2006). Allerdings bleibt der Kontinent klar hinter der globalen Entwicklung zurück, zwischen 2000 und 2006 machten Investitionen in Afrika ca. 3% der globalen Direktinvestitionen aus.

<p><i>Wie können mit Instrumenten der EZ ADI gefördert werden, insbesondere im Bereich nachhaltige Entwicklung und Armutsbekämpfung? Besondere Anstrengungen in Ländern, die bislang nicht von ADI profitiert haben?</i></p> <p><i>Während der G8 Präsidentschaft hat die BR verschiedene Initiativen unternommen, um deutsche Direktinvestitionen in afrikanischen Staaten zu steigern. Wie wird der Erfolg entsprechender Ansätze bewertet?</i></p>	<p>Investoren entscheiden aufgrund von Gewinnerwartungen und erwarteter Risiken über ihr Engagement in Entwicklungsländern. Erfolgreiche EZ unterstützt daher ausländische Direktinvestitionen ADI auf vielfältige Weise. Fortschritte in der Governance von Entwicklungsländern senken die politischen Risiken und die Transaktionskosten unternehmerischen Handelns. Verbesserte Bildung und Ausbildung ermöglichen es einheimischen wie ausländischen Unternehmen, in ihren Produktionsprozessen auf besser qualifizierte Arbeitskräfte zurückzugreifen. Trägt EZ zu einer Dynamisierung der einheimischen Wirtschaft bei, so steigt die Nachfrage der lokalen Bevölkerung und der Unternehmen nach hochwertigen Konsum- und Ausrüstungsgütern, wovon u.a. auch die deutsche Wirtschaft profitiert, die mit eigenen Niederlassungen in den Entwicklungsländern präsent ist oder Waren dorthin exportiert.</p> <p>Die ökologische Nachhaltigkeit von ADI und der von ihnen in Entwicklungsländern aufgebauten Wertschöpfungsketten unterstützt EZ beispielsweise über die Förderung der Qualitätsinfrastruktur (Normierung, Messwesen, Konformitätsbewertung) und durch die Unterstützung eines institutionellen Umfeldes, das insbesondere kleinen und mittleren Zulieferern ermöglicht, ihre Produkte und Prozesse an internationale Umweltstandards anzupassen.</p> <p>ADI gehen zu überwiegenden Anteilen in wachstumsstarke Anker- und Schwellenländer, während viele Low Income Countries (LICs), hiervon kaum berührt werden. Dies gilt in einem besonderen Maß für Afrika. Das Interesse ausländischer Investoren beschränkt sich hier oft auf den Zugang zu strategischen Rohstoffen. Die vielfältigen Investitionshemmnisse in diesen Ländern (siehe unten) können nur im Rahmen von langfristig und systemisch angelegten Strategien überwunden werden. Die Unterstützung regionaler Integrationsprozesse durch die EZ kann beitragen, auch in armen Entwicklungsregionen quantitative interessante Märkte zu schaffen und diese für ADI interessanter zu machen. Wie u.a. das Beispiel der EU zeigt, müssen Prozesse der regionalen Integration über lange Zeiträume hinweg</p>
---	--

	<p>konzipiert und begleitet werden.</p> <p>Einen besonders langen Atem benötigen Bemühungen, die Governance in LICs zu stärken. Positive Entwicklungen, z.B. im Rahmen der NEPAD-Initiative, werden immer wieder durch politische Konflikte und Krisen (Zimbabwe, aktuell Südafrika) in Frage gestellt. Aus Sicht des Sachverständigen ist die sinnvolle Antwort hierauf, im Rahmen von Mehrebenenansätzen der EZ die Leistungsfähigkeit und Legitimation staatlicher Strukturen und gleichzeitig die Handlungsmöglichkeiten zivilgesellschaftlicher Organisationen zu stärken.</p>
<p><i>Welche Anliegen an die Entwicklungspolitik formulieren deutsche Unternehmen, die in Schwellen- und Entwicklungsländern permanent tätig sind?</i></p> <p><i>Zentrale Forderungen der Wirtschaftsverbände?</i></p>	<p>Nach Kenntnis des Sachverständigen liegen über die Erwartungen deutscher Unternehmen an die EZ keine systematischen Informationen vor, aus eigener Erfahrung ist die Bandbreite der vorhandenen Ansichten über die EZ und ihre Möglichkeiten breit gestreut. Sie reicht von weitgehender Unkenntnis über die EZ über eine skeptisch-distanzierte Haltung, eine positiv-distanzierte Haltung bis zur Bereitschaft, sich im Rahmen von PPP- und/oder CSR Maßnahmen aktiv an der Erreichung der Entwicklungsziele zu beteiligen. In einzelnen Fällen werden allerdings wenig realistische Erwartungshaltungen an die EZ formuliert, vor allem was die für die Überwindung struktureller Entwicklungsbarrieren und Investitionshemmnisse (Infrastruktur, unzureichende Governance) benötigten Zeiträume angeht.</p>
<p><i>Wo liegen die größten Hindernisse und Probleme in Entwicklungs- und Schwellenländern, um unternehmerisch aktiv zu werden?</i></p> <p><i>Welches sind die notwendigen Voraussetzungen für Unternehmensgründungen?</i></p>	<p>Welche Faktoren unternehmerisches Handeln heute behindern, lässt sich wissenschaftlich abgesichert nicht für <i>die</i> Entwicklungsländer als Gesamtheit angemessen beurteilen. Einen derartigen übergreifenden Erklärungsansatz versucht in den letzten Jahren insbesondere die Weltbank mit ihrem <i>Doing Business Report</i> und hat damit hohe Aufmerksamkeit erreicht. Der <i>Doing Business Report</i> geht davon aus, dass unternehmerisches Handeln und die Gründung von Unternehmen in Entwicklungsländern vor allem durch exzessive und nicht sachgemäße Regulierungen behindert wird. Allerdings bleibt die Weltbank eindeutige empirische Belege für den behaupteten starken Zusammenhang zwischen Regulierungsniveau und Entwicklungsdynamik des Privatsektors schuldig.</p> <p>Die Barrieren für eine dynamische Entwicklung des Privatsektors sind komplex und müssen nach Ländergruppen unterschieden und teilweise auf der Ebene der einzelnen Länder analysiert werden. Überregulierung spielt häufig eine Rolle, jedoch ist diese nicht immer zentral.</p> <p>Low Income Countries sind durch enge Binnenmärkte und wenig differenzierte Konsummuster gekennzeichnet. Damit ist die Zahl rentabler unternehmerischer Projekte begrenzt und es bestehen kaum Möglichkeiten, ökonomische Skaleneffekte zu erzielen. Defizite im Bildungswesen führen dazu, dass nur wenige Personen die für er-</p>

	<p>folgreiches unternehmerisches Handeln außerhalb traditioneller Sektoren mit geringen Einstiegsbarrieren (Kleinhandel, Bekleidungsfertigung) notwendigen Kenntnisse erwerben. Eine exportorientierte Dynamik wird aufgrund geringer Qualität der Produkte und Dienstleistungen und geringen Losgrößen behindert. Häufig ist auch die physische Infrastruktur für eine weltmarktorientierte Entwicklung defizitär. Dies trifft in besonderem Maße die Land Locked Countries, für die der Zugang zu den großen Märkten nur zu hohen Kosten und bei ausgeprägten Risiken möglich ist.</p> <p>In Middle Income Countries existiert i.d.R. eine weiter ausdifferenzierte Unternehmensstruktur mit einem vielfältigeren Angebot an Produkten und Dienstleistungen, horizontaler Arbeitsteilung und mehrstufigen Wertschöpfungsketten. Oft sind die gewachsenen Wirtschaftszweige durch die im Rahmen der Globalisierung zunehmende internationale Konkurrenz, v.a. aus Ostasien, bedroht. Dies führt zu erodierenden Margen, Beschäftigungsrückgang und Druck auf die Löhne und die Einkommen von Primärproduzenten. Diese Länder stehen vor der Herausforderung, dem Kostendruck durch eine höhere Wissensintensität der für den Binnenmarkt und/oder den Export produzierten Waren und Dienstleistungen zu begegnen. Hierzu fehlt ihnen oft der Zugang zu Technologie.</p> <p>In vielen Ländern wird das Fehlen von qualifizierten Fachkräften zunehmend zu einem zentralen Entwicklungshemmnis. Dies droht sich durch den demographischen Wandel sowie einen zunehmenden <i>Brain Drain</i> weiter zu verschärfen. Das Thema einer sich öffnenden Humanressourcen-Lücke wird in der aktuellen entwicklungspolitischen Diskussion noch nicht hinreichend berücksichtigt.</p>
<p><i>Welche bestehenden Konzepte hat die Bundesregierung um den Privatsektor in Afrika zu fördern und wie haben die Ankündigungen der Bundesregierung im Vorfeld des G-8-Gipfels 2007, den Privatsektor stärker zu fördern, Eingang in das Handeln der Bundesregierung gefunden?.</i></p>	<p>Die Förderung des Privatsektors in Entwicklungs- und Schwellenländern gehört zu den Förderschwerpunktes des BMZ. Die außengerichteten Aktivitäten des BMWi und teilweise auch anderer Ministerien (BMBF, BMU) tragen hier ebenfalls bei. Jedoch folgen sie ihrer eigenen, in sich schlüssigen und berechtigten, Logik.</p> <p>Aus Sicht des Sachverständigen ist eine gewisse Schwerpunktsetzung der EZ (auch im Bereich der Privatsektorförderung) auf Afrika aufgrund der besonders gravierenden Entwicklungsprobleme sinnvoll. Dies sollte jedoch nicht den Blick darauf verstellen, dass auch in anderen Entwicklungsregionen viele Menschen absoluter Armut und menschenunwürdige Lebensbedingungen ausgesetzt sind, beispielsweise in Zentralamerika und der Karibik oder in Südasien.</p> <p>Wirtschaftsförderung im Rahmen der EZ erfolgt vor allem im Schwerpunkt „Nachhaltige Wirtschaftsentwicklung“, teilweise aber auch unter der Titel „Globalisierung und Handel“ und „Erneuerbare Energien“.</p>

Um bei begrenztem Mittelaufwand hohe Wirkung erzielen zu können, strebt die bilaterale deutsche EZ an, auf möglichst hoher Systemebene zu intervenieren, d.h. im Idealfall hochrangige **Politikberatung** durchzuführen. Diese kann als weitgehend eigenständiger Dialog oder aber – zumeist – als Komponente in einem umfangreichen Programm mit Interventionen auf unterschiedlichen Systemebenen durchgeführt werden. Wirtschaftspolitische Beratung erfüllt ihren entwicklungspolitischen Zweck im Erfolgsfall dadurch, dass sie dazu beiträgt, die Rahmenbedingungen für die Privatwirtschaftsentwicklung zu verbessern und damit die Voraussetzungen für die Schaffung von Arbeitsplätzen und Einkommen zu verbessern.

Neben der Verbesserung des **Investitionsklimas** lassen sich die EZ-Aktivitäten im Handlungsfeld Privatsektorförderung unterschiedlichen Instrumenten zuordnen, so der Förderung von leistungsfähigen unternehmensbezogenen **Dienstleistungen** (*Business Development Services*), der Bildung von **Clustern** und von **Wertschöpfungsketten**, der **Lokalen und Regionalen Wirtschaftsförderung**, der **Selbstorganisation des Privatsektors** und der Etablierung einer angemessenen **Qualitätsinfrastruktur**. In jüngster Zeit wird verstärkt nach EZ-Ansätzen zur gezielten **Innovationsförderung** gesucht, ein Anliegen, das der Sachverständige nachdrücklich unterstützt.

Im Sinne einer **EZ aus einem Guss** wird angestrebt, dass die Durchführungsorganisationen (DO) der finanziellen Zusammenarbeit FZ (KfW), der technischen Zusammenarbeit TZ im engeren Sinn (GTZ) sowie der TZ im weiteren Sinn (PTB, SEQUA, DED, CIM,) eng aufeinander abgestimmt agieren.

Die deutsche **EZ mit Afrika** im Schwerpunkt Nachhaltige Wirtschaftsentwicklung fokussiert auf drei Ziele: Verbesserung der **Rahmenbedingungen** für den Privatsektor, Verbreiterung des **Zugangs zu Finanzierung** und die Förderung von **Wachstum und Beschäftigung im Agrarsektor**. Der Mehrebenenansatz (Makro-, Meso-, Mikroebene) wird beibehalten. Interventionen auf der Mikroebene werden jedoch reduziert, wobei sie in den Bereichen **Mikrofinanzierung** und der **Marktanbindung im Agrarsektor** noch eine Pilot- und Katalysatorenfunktion übernehmen sollen.

Bürokratieabbau, Korruptionsbekämpfung, Sicherung von Eigentumsrechten und Vertragsdurchsetzung und die Schaffung eines wirtschaftsförderlichen Regulierungsumfeldes sind auch bei anderen Gebern zentrale Aktivitätsfelder zur Förderung des Privatsektors. Dieser Trend wird auch im Rahmen der G8 deutlich. Deutschland bekennt sich im G8-Prozess dazu, die afrikanischen Partner bei der Verbesserung der Rahmenbedingungen für den Privatsektor zu unterstützen und beteiligt sich seit Mai 2008 durch die KfW mit 10

	<p>Mio. EUR an der <i>Investment Climate Facility for Africa</i> (ICF).</p> <p>Ebenfalls aus dem G8-Prozess heraus entstanden ist der <i>Africa Enterprise Challenge Fund</i> (AECF). Der AECF beteiligt sich über ein Wettbewerbsverfahren an innovativen Geschäftsideen, von denen insbesondere im Agrarsektor und im ländlichen Raum Wachstums- und Beschäftigungseffekte erwartet werden. Gegenwärtig beteiligt sich Deutschland nicht am AECF.</p>
--	---

2 Möglichkeiten und Instrumente der wirtschaftlichen Zusammenarbeit und der Außenwirtschaftsförderung

Der Sachverständige teilt die Auffassung, dass die Überwindung von Armut und eine durchgreifende Verbesserung der Lebensbedingungen der Menschen in den Entwicklungsländern vor allem durch **ökonomische Dynamik und Wirtschaftswachstum** erreicht werden kann. Unterschiedliche Wachstumsmuster haben jedoch im Detail sehr unterschiedliche Auswirkungen auf die Armutsminderung, die soziale Entwicklung und den Erhalt der natürlichen Lebensgrundlagen. Angesichts der oft besonders vulnerablen ökologischen Bedingungen und der besonderen Betroffenheit von globalen Veränderungen (Klimawandel) muss wirtschaftliches Wachstum gerade in Entwicklungsländern **ökologisch und sozial nachhaltig** sein. Diese Gestaltungsaufgabe kann nur durch das Zusammenwirken einer Vielzahl von Akteuren gemeistert werden. Regierungen, Privatsektor und Zivilgesellschaft in den Entwicklungsländern kommt dabei die entscheidende Rolle zu. EZ kann positives Handeln dieser Akteure verstärken und beratend begleiten, jedoch nicht ersetzen. Investitionen deutscher Unternehmen können den Kapitalstock in den Entwicklungsländern erweitern, Arbeitsplätze schaffen, lokale Produzenten in globale Wertschöpfungsketten einbinden, Wissen und Technologie transferieren und die Binnenmärkte diversifizieren. Auch die internationale Zivilgesellschaft trägt zu einer nachhaltigeren Entwicklung bei, beispielsweise indem spezielle Marktsegmente (Fairtrade) aufgebaut, ökologische und soziale Missstände angeprangert und international agierende Unternehmen auf die Einhaltung bestimmter Verhaltenskodizes verpflichtet werden.

<p><i>Welche Instrumente der Außenwirtschaftsförderung gibt es in Deutschland?</i></p>	<p>Die drei wichtigsten Instrumente der deutschen Außenwirtschaftsförderung sind die Außenhandelskammern (AHK), die Bundesagentur für Außenwirtschaft (bfai) und die Deutschen Industrie- und Handelszentren (DIHZ). Diese sind v.a. auf den wichtigen Zielmärkten der deutschen Wirtschaft vertreten. Innovative Klein- und Mittelunternehmen werden in ihrer internationalen Kooperation durch das Netzwerk internationale Technologiekooperation unterstützt. Flächendeckend, also auch in kleineren Ländern, werden die Belange der deutschen Wirtschaft durch die Botschaften und Konsulate des Auswärtigen Amtes vertreten. Die Auslandsvertretungen stellen neben den AHK und der bfai die „dritte Säule“ der Außenwirtschaftsförderung dar.</p>
--	---

<p><i>Welche entwicklungspolitischen Instrumente (Mikrokredite etc.) haben den größten Erfolg beim Aufbau eines funktionierenden Kleingewerbes in den Nehmerländern.</i></p>	<p>Die Bereitstellung von Kleinkrediten kann sich katalytisch auf das unternehmerische Handeln von Angehörigen der Zielgruppen der Entwicklungszusammenarbeit auswirken. Am Beispiel der besonders erfolgreichen <i>Grameen Bank</i> (Bangladesh) lässt sich zeigen, dass erfolgreiche Ansätze der Mikrokreditvergabe auch weiter reichende wirtschaftlich lukrative und entwicklungspolitisch wünschenswerte Aktivitäten (Vermittlung von Telefongesprächen auf Dorfebene, <i>Grameen Telecom</i>) möglich machen. Die deutsche EZ hat das Potenzial der Mikrofinanzierung frühzeitig erkannt und umgesetzt und so im Geberkreis Anerkennung für konzeptionelle Kompetenz und Implementierungsfähigkeit erlangt.</p> <p>In der überwiegenden Zahl der Fälle regen Mikrokredite unternehmerisches Handeln in bereits etablierten Wirtschaftszweigen an (Kleinhandel, Bekleidungsfertigung). Angesichts der Binnenmarkt-enge sind die Wachstumsmöglichkeiten hier begrenzt und droht die Gefahr eines Verdrängungswettbewerbs, wenn nicht hohe Wachstumsraten die lokale Nachfrage dynamisch erweitern. Für die langfristige strukturelle Überwindung von Armut ist daher notwendig, dass Unternehmensgründungen und –erweiterungen neue Märkte im In- und Ausland erschließen. Der Aufbau von Zulieferbeziehungen zu ausländischen Investoren kann hier einen wichtigen Beitrag leisten, ebenso die Erschließung von Segmenten des rasch wachsenden internationalen Dienstleistungsmarkts (z.B. Call Centers).</p> <p>Als wichtiges Querschnittsinstrument der EZ – mit Anknüpfungspunkten an die Außenwirtschaftsförderung - sollte aus Sicht des Gutachters die Unterstützung von Entrepreneurship und Innovationsfähigkeit aufgewertet werden. Die deutsche EZ hat mit CEFE (<i>Competency based Economies through Formation of Enterprise</i>) hier ein international anerkanntes Qualifizierungsinstrument, das im GTZ-Kontext entwickelt wurde. Ergänzende und weiter führende Ansätze können in Zusammenarbeit mit der deutschen Privatwirtschaft aufgelegt werden.</p> <p>Beispielsweise könnte qualifiziertes Fachpersonal aus Entwicklungsländern, das in Deutschland aus- und weitergebildet wird (z.B. im Rahmen von Programmen des DAAD oder der Alexander von Humboldt-Stiftung, AvH), gezielt in Existenzgründungsprogramme, Businessplan-Wettbewerbe etc. eingebunden werden, um die Etablierung eines innovativen Unternehmens im Heimatland vorzubereiten. Deutsche Unternehmen könnten die Gründungen im Sinne des PPP-Gedankens unterstützen, beispielweise, indem erfahrende Manager als Mentoren auftreten oder indem die Startphase durch die Erteilung von Aufträgen aus Deutschland unterstützt wird.</p>
--	---

	<p>Außerdem können Erfahrungen aus der Innovationsförderung in Deutschland (Gründerzentren, BioRegio-, EXIST-, InnoRegio-Wettbewerb) auch Entwicklungsländern zugänglich gemacht werden, damit diese prüfen können, welche Elemente auf die ihre Bedingungen übertragbar sind.</p>
<p><i>Welche Abstimmungsmodalitäten gibt es zwischen den Ressorts, um Wirtschaftsförderung und Exportförderung entwicklungskohärent zu gestalten?</i></p> <p><i>Findet ein Austausch zwischen deutschen Unternehmen vor Ort, ausländischen Außenhandelskammern und EZ-Organisationen vor Ort statt?</i></p> <p><i>Wie kann die Kooperation von deutschen Unternehmen oder deutschen AHK und DO der EZ verbessert werden?</i></p>	<p>Bereits 1999 wurde eine Kooperationsvereinbarung zwischen DIHK / IHK / AHK und der GTZ und somit ein Rahmen für die Zusammenarbeit geschaffen. 2004 wurde eine entsprechende Task-Force eingerichtet. Auf Regionalkonferenzen (Asien, Lateinamerika, Mittelmeerregion, Südeuropa) wurden spezifische Vereinbarungen zur Vertiefung der Zusammenarbeit geschlossen.</p> <p>Im Rahmen einer Studie für das BMWi führte die COMO Consult 2006 eine Umfrage bei zehn AHK in unterschiedlichen Weltregionen durch. Diese kam zu dem Ergebnis, dass in fast allen befragten Ländern ein guter Informationsaustausch zwischen AHK und GTZ stattfindet. Innovative Kooperationsansätze wurden beispielsweise aus Brasilien und Südafrika berichtet. In Brasilien wurde (unter Beteiligung von Inwent und BDI) gemeinsam am Aufbau eines CSR Kompetenzzentrums MERCOSUR gearbeitet, in Südafrika an einem gemeinsamen <i>Advisory Service for Private Business</i>.</p> <p>Aus Sicht des Sachverständigen sind derartige Vereinbarungen zwischen den Akteuren auf nationaler oder regionaler Ebene besonders zielführend. Die genannten Beispiele (Brasilien und Südafrika) zeigen, dass die Synergiepotentiale in sehr unterschiedlichen Feldern verortet sein können. Diese können vor allem im Rahmen vertrauensbasierter Dialoge vor Ort ausgelotet werden. Dieser Prozess kann nicht durch zentrale Vorgaben ersetzt werden.</p>
<p><i>Wie kann Außenwirtschaftsförderung wirksamer darauf ausgerichtet werden, dass FDI die Entwicklung der lokalen Wirtschaft unterstützt?</i></p> <p><i>Wie kann die Wirtschaftskooperation mit lokalen Unternehmen gefördert werden?</i></p>	<p>In der Vergangenheit haben viele Entwicklungsländer die Bewilligung von ADI daran gebunden, dass ein Mindestmaß der Vorprodukte und Dienstleistungen von lokalen Unternehmen bezogen werden. Derartige <i>local-content</i>-Auflagen sind im Rahmen der WTO-Bestimmungen nicht länger zulässig. In einigen Ankerländern haben derartige Auflagen durchaus dazu beigetragen, dass sich ein lokales Zuliefergewerbe und ein entsprechender Know-how-Transfer entwickeln konnte, z.B. in der Automobilindustrie von Argentinien oder Südafrika. Da eine Wiedereinführung von Auflagen aufgrund der damit verbundenen Bürokratie nicht wünschenswert (und zudem unrealistisch) ist, sollten anderweitige Bemühungen verstärkt werden, lokale Produzenten in international ausgerichtete Wertschöpfungsketten einzubinden. Dies kann vor allem über eine Qualifizierung von Zulieferern im Rahmen der EZ geschehen, eine Kooperation mit dem Privatsektor bietet sich im Kontext von PPP-Maßnahmen an und findet hier bereits vielfältig statt.</p>

	<p>Die Deutsche Entwicklungs- und Investitionsgesellschaft DEG prüft vor einem Engagement bei ausländischen und deutschen Unternehmen in ihrem Geschäftspolitischen Projektrating (GPR) auch die Markt- und Struktureffekte, u.a., ob das zu fördernde Unternehmen durch vor- und nachgelagerte Verflechtungen zu einer Vervollständigung der Produktionsstrukturen beiträgt.</p>
<p><i>Wie können die besten Instrumente der Außenwirtschaftsförderung stärker an entwicklungspolitischen Kriterien orientiert werden?</i></p> <p><i>Welche Mechanismen bedarf es, um zu einer Kohärenz zwischen EZ und AWF zu gelangen? Welche Ressortabstimmungen wären möglich?</i></p>	<p>Aus entwicklungspolitischer Sicht wäre es besonders wünschenswert, dass sich deutsche Unternehmen verstärkt in LICs und LDCs engagieren, insbesondere mit langfristigen Investitionen im produktiven und Dienstleistungssektor. Teilweise gilt dies auch für die wenig entwickelten Regionen der dynamischen Ankerländer (Westen Chinas, Nordosten Brasiliens). Angesichts der oft erheblichen Hindernisse, die einem solchen Engagement entgegenstehen, sind hier nur allmähliche Fortschritte zu erwarten.</p> <p>Dennoch kann es sinnvoll sein, die Repräsentanz der deutschen Außenwirtschaftsförderung (speziell AHK) in diesen Ländern und Regionen zu verbessern (Subsahara-Afrika, Bangladesh, z.B. Chengdu / China).</p>
<p><i>Wie kann die Institutionalisierung des Dialogs zwischen Wirtschaft und Politik verbessert werden?</i></p>	<p>Die Kooperation zwischen den Verbänden der Wirtschaft und der Entwicklungspolitik verläuft seit einigen Jahren entlang spezieller Themen (Energiepolitik, Auftragswesen). Der Sachverständige hat Zweifel, ob sich eine stärkere <i>Institutionalisierung</i> unmittelbar positiv auf die Qualität des Dialogs auswirken würde.</p>
<p><i>Wie kann die BR ihre Anstrengungen im Rahmen der Elitebildung verstärken, um die Idee des deutschen Wirtschaftssystems auch in den Wirtschaften unserer Partnerländer einzufügen.</i></p>	<p>Deutschland hat in der Vergangenheit bereits wichtige Beiträge zum Aufbau hochwertiger Ausbildungseinrichtungen in Entwicklungsländern geleistet, z.B. zur Etablierung des Indian Institute of Technology in Madras, das gerade sein 50-jähriges Bestehen gefeiert hat, oder die nach dem Vorbild der deutschen Fachhochschulen konzipierte Technische Hochschule von Costa Rica. Beide Einrichtungen sind heute Kernbestandteile der Innovationssysteme ihrer Länder und haben auch dazu beigetragen, hochwertige ADI an die jeweiligen Standorte zu binden, beispielsweise INTEL an Costa Rica. Eine Auswertung dieser Erfahrungen steht bislang leider noch aus.</p> <p>Der Diskurs darüber, welche Rolle tertiäre Ausbildung und Wissenschaft für die Entwicklungsländer haben, ist in den letzten Jahren in Deutschland nur unzureichend geführt worden, auch im Vergleich zu anderen Ländern und internationalen Organisationen wie der Weltbank. Allerdings wendet Deutschland erhebliche Summen für die Elitenbildung in Entwicklungsländern auf, insbesondere über die Förderprogramme des DAAD, teilweise auch über GTZ und Inwent. Eine Neubelebung der Diskussion innerhalb der EZ ist zu erwarten, da innerhalb des BMZ mittlerweile ein Hintergrundpapier Wissen</p>

	<p>für Entwicklung verabschiedet wurde, das an die internationale Diskussion in diesem Themenfeld anknüpft und ein Positionspapier zur EZ im Hochschulbereich von 1992 ablöst. Nach der Verabschiedung der Internationalisierungsstrategie für Wissenschaft und Forschung im Februar 2008 sind verstärkte Bemühungen einer engeren Zusammenarbeit zwischen BMZ und BMBF zu verzeichnen.</p> <p>Eine stärkere Förderung höherer Qualifikationen ist aus Sicht des Sachverständigen dringend geboten, weil in vielen Entwicklungsländern die Zahl derer, die die tertiäre Ausbildungsstufe durchlaufen wollen und können, rasch steigt, dies gilt auch und gerade für Afrika. Hier wirken sich die Erfolge im Bereich der Primar- und Sekundarbildung entsprechend aus. Bereits heute stoßen viele Universitäten, insbesondere in Afrika, an die Kapazitätsgrenzen, was Räumlichkeiten und Lehrpersonal angeht. Hier wäre eine international abgestimmte Initiative notwendig, um in den entsprechenden Ländern die dringend benötigten qualifizierten Fachkräfte auszubilden und zu verhindern, dass sich zusätzliches Frustrations- und Konfliktpotenzial dadurch aufbaut, dass einer großen Zahl von Bildungswilligen der Zugang zur tertiären Ausbildung verwehrt bleibt.</p> <p>Internationale Erfahrungen (z.B. der schwedischen EZ) zeigen, dass es bezüglich der Förderung von wissenschaftlicher Leistungsfähigkeit in Entwicklungsländern notwendig ist, systemische Förderansätze zu verfolgen, die von der Individualförderung über die Unterstützung der Institutionenentwicklung bis hin zur Verstärkung positiver Werte innerhalb der Organisationen (positive Bezugnahme auf Forschung, Entrepreneurship-Bildung) reichen. Insbesondere in LICs sollte auch die Finanzierung von Einrichtungen (Hochschulen, Forschungszentren) bzw. von deren Aufwertung (Forschungslabors, Internetzugang) und Erweiterung im Rahmen der FZ wieder stärker in den Blick genommen werden, in sinnvoller Weise verknüpft mit Beratung und Unterstützung im Rahmen der TZ.</p>
<p><i>Wie kann das BMZ verstärkt die Entwicklung der lokalen Kapitalmärkte vorantreiben?</i></p>	<p>Die deutsche EZ trägt bereits viel zur Entwicklung lokaler Finanzmärkte bei, v.a. im Rahmen des Schwerpunkts Finanzsystementwicklung. Ein erheblicher Teil der langfristigen Finanzierungen und der Beteiligungen der Deutschen Entwicklungs- und Investitionsgesellschaft DEG in Entwicklungsländern gehen an Unternehmen des Finanzsektors (2007: 49,4%). Auch dies leistet einen Beitrag zur Konsolidierung der Kapitalmärkte.</p>
<p><i>Wie kann die BR folgende Maßnahmen konzeptionell und finanziell ausbauen?</i></p> <p><i>Social Intrepreneurship</i></p>	<p>Der Begriff des „Social Intrepreneurship“ ist bislang kein eingeführtes Konzept, die Abgrenzung zu Social Entrepreneurship und <i>Corporate Social Responsibility</i> (CSR) ist nicht deutlich. Zur Rolle von CSR siehe unten.</p>

<p><i>Stärke Förderung von Kleinkrediten</i></p>	<p>Die deutsche EZ hat gewachsene und international anerkannte Kompetenzen und entwickelte Konzepte bei der Förderung von Mikrofinanzsystemen. Diese gehen in die Beratung und Unterstützung einer Vielzahl von Partnerländern ein. Deutschland ist einer der großen Geber in diesem Handlungsfeld. Ein besonderer Bedarf, die Instrumente in diesem Bereich konzeptionell weiterzuentwickeln und finanziell auszubauen, sieht der Sachverständige aktuell nicht.</p>
<p><i>PPP-Projekte</i></p>	<p>Public-Private-Partnerships sind aus Sicht des Sachverständigen das am besten geeignete Instrument, um die Unternehmen aus dem deutschen und europäischen Privatsektor in die EZ einzubeziehen. Dies gilt sowohl für die Förderung von Projekten aus der PPP-Fazilität als auch für die Integration von PPP-Maßnahmen in die bilaterale EZ. PPP-Projekte ermöglichen es, die speziellen Kompetenzen (z.B. Technologien) und Möglichkeiten (z.B. Marktzugang) des Privatsektors entwicklungsförderlich einzusetzen. Obwohl PPP-Maßnahmen nicht im Kernbereich unternehmerischen Handelns verortet sind, erkennen viele Unternehmen für sich einen klaren Nutzen, was sich an der großen Zahl von Unternehmen ablesen lässt, die entsprechende Projektvorschläge einreichen. Für die Unternehmen ergeben sich Vorteile z.B. aus einer verbesserten Einbettung der unternehmerischen Aktivitäten in die lokale Gesellschaft und einen entsprechenden Zuwachs an Vertrauen.</p> <p>PPP-Projekte sind entwicklungspolitisch besonders interessant, wenn es gelingt, sie durch eine langfristige Ausrichtung, die Bündelung von Mitteln und die Einbeziehung zusätzlicher Akteure zu strategischen Allianzen auszubauen und umfassende Wirkungen zu erzielen. Ein interessantes Beispiel hierfür ist der <i>Common Code for the Coffee Community (4C)</i>. In Rahmen eines Dialogs unter Einbeziehung von EZ-Akteuren (GTZ), Privatwirtschaft (u.a. Deutscher und Europäischer Kaffeeverband) sowie von Gewerkschaften (<i>International Union of Food and Agricultural Workers</i>) und Nichtregierungsorganisationen (Oxfam) wurden Verhaltensregeln für die Akteure der konventionellen Kaffeewirtschaft (also außerhalb des Fairtrade und Bio-Segments) entwickelt.</p> <p>Nach Möglichkeit sollten derartige strategische Allianzen im PPP-Rahmen verstärkt angestrebt werden. Angesichts der großen Akzeptanz des Instruments würde der Sachverständige auch eine Ausweitung der zur Verfügung stehenden Finanzmittel befürworten. Eine verstärkte Einbindung von Akteuren der Außenwirtschaftsförderung (AHK) könnte das Instrument noch stärker im Privatsektor verankern. Allerdings sollte auch in Zukunft die Förderung von Projekten aus dem BMZ-Haushalt an einen klar erkennbare entwicklungspolitischen Mehrwert gekoppelt sein.</p>

3 Zur Diskussion über die Verbindung (Verzählung) oder Trennung von wirtschaftlicher Zusammenarbeit und Außenwirtschaftsförderung

Aus Sicht des Sachverständigen hat sich das Verhältnis zwischen den Akteuren der deutschen Wirtschaft und der EZ in den letzten Jahren verbessert. Auf Seiten der EZ-Akteure hat sich die Erkenntnis weitgehend durchgesetzt, dass strukturelle Entwicklungsfortschritte ohne wirtschaftliches Wachstum nicht möglich sind, dass dabei der lokale Privatsektor die zentrale Rolle spielen muss und auch ADI wichtige Impulse setzen können, z.B. bei der Schaffung von Arbeitsplätzen, dem Know-how-Transfer und der Verbesserung von *corporate governance* und der industriellen Beziehungen.

Wichtig für eine weitere gedeihliche Entwicklung zwischen beiden Handlungsfeldern ist, dass beide Seiten anerkennen, dass EZ und Außenwirtschaftsförderung jeweils eigenen, in sich schlüssigen und legitimen Zielsystemen folgen und daraus abgeleiteten Governance-Strukturen unterliegen. Erst auf dieser Grundlage ist gewährleistet, dass die Suche nach Synergien vertrauensbasiert und konstruktiv geschieht.

Dies bedeutet, dass **seitens der EZ** anerkannt werden muss, dass privatwirtschaftliches Handeln in Entwicklungsländern in erster Linie unternehmerischem Kalkül folgt und folgen muss, dass dieses aber wichtige Entwicklungsimpulse auslösen kann. Die rasch zunehmende Akzeptanz von PPP-Ansätzen im Rahmen der entsprechenden Fazilität und im Rahmen der bilateralen EZ zeigt, dass dieses Bewusstsein mittlerweile weit verbreitet ist.

Seitens der Privatwirtschaft und ihrer Verbände muss anerkannt werden, dass die EZ einer Reihe von Vorgaben folgt, die dazu dienen, die Effektivität der Zusammenarbeit zu erhöhen, d.h. die mit den zur Verfügung stehenden Mitteln zu erzielenden Wirkungen zu erhöhen. Bei der Gestaltung dieser Vorgaben agiert Deutschland nicht isoliert, sondern ist in entsprechende Diskussionen und *Peer Review* Prozesse des OECD-DAC eingebunden:

- In diesem Rahmen verpflichten sich die Geber, also auch Deutschland, zur **Lieferaufbindung**, d.h. dazu, den Anteil der ODA sukzessive zu erhöhen, der *nicht* an den Bezug von Waren oder Dienstleistungen aus dem Geberland gebunden ist.
- Die von Deutschland mitgezeichnete **Paris-Erklärung** von 2005 betont die Pflicht der Geber, ihre EZ-Leistungen an den nationalen Entwicklungsstrategien der Partnerländer auszurichten (*Alignment*), untereinander stärker abzustimmen (*Harmonisation*) und wo möglich in gemeinsame Instrumente einzubringen.
- Ebenfalls unter dem Gesichtspunkt einer verbesserten Wirksamkeit der EZ wurde in den letzten Jahren die **Zahl der Partnerländer** der deutschen EZ verringert. Dabei wurden und werden auch Länder graduiert (Argentinien, Thailand, Türkei), an denen die deutsche Privatwirtschaft stärkere Interessen hat als in vielen Ländern, die auf absehbare Zeit Partnerländer bleiben werden.
- Der höheren Wirksamkeit der EZ soll schließlich auch die Begrenzung der Zusammenarbeit auf einen bis wenige **Schwerpunkte** je Partnerland dienen.

Diese eingegangenen Selbstverpflichtungen und Steuerungsentscheidungen sollen die Effektivität der EZ steigern, sie reduzieren jedoch die Flexibilität der Entscheidungsträger gegen-

über Anliegen der deutschen Privatwirtschaft. Sie setzen aber aus Sicht des Sachverständigen den Rahmen, in dem eine Koordinierung zwischen den Politikfeldern gesucht werden sollte.

<p><i>Verzahnung von EZ und AWF oder neue Möglichkeiten der AWF im Rahmen der Wirtschaftspolitik ?</i></p>	<p>Wie ausgeführt können aus Sicht des Sachverständigen Synergien zwischen EZ und AWF nur entwickelt werden, wenn wechselseitig die jeweils eigenen Zielsysteme und Vorgaben akzeptiert werden. Eine mögliche Ausweitung der Mittel für die AWF könnte beispielsweise dafür eingesetzt werden, Vertretungen der deutschen Wirtschaft in Ländern und Regionen aufzubauen, wo der Markteintritt für deutsche Unternehmen besonders schwierig ist, aber besondere entwicklungspolitische Bedeutung haben könnte (Afrika, Bangladesh).</p>
<p><i>Um welche Instrumente der EZ geht es, wenn über eine stärkere Synergie und „Geländerfunktion“ zwischen EZ und AWF gesprochen wird?</i></p>	<p>Wie bereits dargelegt trägt EZ, wenn erfolgreich, auf verschiedene Weise dazu bei, die Bedingungen für den Privatsektors zu verbessern. Teilweise entsprechen allerdings die Zeiträume, in denen der Privatsektor umfassende Verbesserungen erwartet, nicht dem, was die EZ in Flankierung nationaler Eigenanstrengungen erreichen kann. Aus Sicht des Sachverständigen ist das Instrument, das kurz- bis mittelfristig EZ- und privatwirtschaftliche Interessen am unmittelbarsten zusammenführt, das Instrument der PPP (siehe oben).</p>
<p><i>Wie können die Risiken, die auf ein Unternehmen zukommen, abgedeckt werden?</i></p> <p><i>Wäre eine flexiblere Gestaltung der Hermes Bürgschaften eine mögliche Lösung?</i></p> <p><i>Handlungsbedarf bei der Weiterentwicklung von Exportkreditbürgschaften (Hermes-Bürgschaften)?</i></p>	<p>Aus Sicht des Sachverständigen ist es sinnvoll, öffentliche Bürgschaften und Garantien an die Einhaltung ökologischer, sozialer und entwicklungspolitischer Mindeststandards zu knüpfen und sich dabei an international (im OECD-Kontext) vereinbarten Richtlinien (z.B. Umweltverträglichkeit) zu orientieren. Auch die besondere Unterstützung bei klimafreundlichen Exporten und von erneuerbaren Energien ist angesichts der aktuellen Klima- und Energiekrise sinnvoll, ebenso die kontinuierliche Weiterentwicklung des Instruments im OECD-Kontext.</p>
<p><i>Lässt sich eine Tendenz erkennen, Entwicklungspolitik stärker an Interessen deutscher Unternehmen auszurichten?</i></p>	<p>Nein.</p>
<p><i>Praxis der Verbindung von EZ und AWF in F, GB, JAP und USA</i></p>	<p>Grundsätzlich besteht bei den im OECD-DAC zusammengeschlossenen Gebern Konsens darüber, die Vergabe von ODA nicht mit anderen Zielen, insbesondere der Außenwirtschaft, zu verknüpfen. Der Anteil der ODA-Aufwendungen, der an den Bezug von Waren und Dienstleistungen aus dem Geberland gebunden ist, soll schrittweise</p>

	<p>gesenkt werden. Damit soll die Wirksamkeit der Entwicklungszusammenarbeit gesteigert werden. Die Bedeutung der Lieferaufbindung (<i>untying aid</i>) wurde jüngst auf dem <i>3rd High-Level Forum on Aid Effectiveness</i> in Accra/Ghana von der internationalen Gemeinschaft der Entwicklungs- und Geberländer erneut hervorgehoben.</p> <p>Insgesamt nimmt der Anteil der ungebundenen Zahlungen bei den meisten Gebern zu. Einige sind mittlerweile zu völliger Lieferaufbindung (Großbritannien, Irland, Dänemark) übergegangen. Die Tendenz zur Lieferaufbindung kann auch der deutschen Wirtschaft nutzen. Vorliegende Informationen zeigen, dass deutsche Unternehmen sowohl bei Ausschreibungen der deutschen EZ als auch von multilateraler Organisationen sehr erfolgreich sind. Bei einem zunehmenden Volumen von ungebundenen Hilfszahlungen anderer Geber ergeben sich daher neue Marktpotenziale.</p>
<p><i>Verwendung von ODA Mitteln für die direkte Außenwirtschaftsförderung?</i></p>	<p>Aus Sicht des Sachverständigen steht eine Verwendung von ODA-Mitteln für die direkte Außenwirtschaftsförderung in Deutschland derzeit nicht zur Diskussion und wäre abzulehnen.</p>
<p><i>Kann der Einsatz nachhaltiger Technologien stärker als bislang in einem Mix aus Außenwirtschaftsförderung und EZ unterstützt werden?</i></p>	<p>Die deutsche EZ hat mit einer großen Zahl von Partnerländern Kooperation im Themenfeld Erneuerbare Energien/Energieeffizienz und Klimawandel vereinbart. Da Deutschland bei den entsprechenden Technologien teilweise eine internationale Spitzenstellung einnimmt, nutzt dies auch bei Festhalten am Prinzip der Lieferaufbindung der oft mittelständisch geprägten deutschen Industrie, z.B. im Bereich der Solartechnik.</p> <p>Allerdings bestehen in vielen Ländern mit großem Potenzial für den Einsatz von nachhaltigen Technologien noch schwerwiegende institutionelle Barrieren, die eine rasche Diffusion behindern, beispielsweise das Fortbestehen von monopolistischen Elektrizitätsmärkten ohne Regelungen für das Einspeisen von regenerativen Energien. Um einen beschleunigten Übergang zu nachhaltigeren Entwicklungsmustern zu unterstützen, muss EZ daher auf unterschiedlichen Systemebenen ansetzen. Bei der Politikberatung und der Stärkung von entsprechenden Institutionen sollten den Partnerländern verstärkt die Erfahrungen Deutschlands, z.B. mit dem Erneuerbare-Energien-Gesetz (EEG) und der Regulierung des Strommarktes durch die Bundesnetzagentur zur Verfügung gestellt werden, auch wenn eine direkte Übertragung von Lösungen aus Deutschland in der Regel nicht möglich ist.</p> <p>Der Einsatz von nachhaltigen Technologien verlangt in vielen Fällen auch eine Stärkung der Forschungskompetenzen der Partnerländer, um bestehende Lösungen an die Gegebenheiten vor Ort anzupassen und weiterzuentwickeln. In einigen Feldern besteht noch umfassen-</p>

	<p>der Bedarf an Forschung und Entwicklung, weil in den forschungsstarken Industrieländern bestimmte Problemstellungen nicht relevant sind, z.B. die nachhaltige Energieversorgung armer Haushalte ohne Anschluss an das Stromnetz. Hier bieten sich Anknüpfungspunkte für eine Zusammenarbeit zwischen EZ, Wissenschaftlich-technologischer Zusammenarbeit und Umweltkooperation unter Einbeziehung des Privatsektors, z.B. über PPP-Maßnahmen.</p>
<p><i>Brauchen wir neue Instrumente und größere Flexibilität bezogen auf einzelne Ländergruppen?</i></p>	<p>Das DIE berät das BMZ seit 2004 bei der Weiterentwicklung der Zusammenarbeit mit großen und teilweise schnell wachsenden Entwicklungsländern (Ankerländer). Gegenüber dieser Ländergruppe ist ein geschlossenes Auftreten Deutschlands und eine verstärkte Kommunikation und Koordination der unterschiedlichen außengerichteten Politiken besonders angeraten.</p> <p>Bei der Kooperation mit Ankerländern steht zunehmend nicht die Überwindung der internen Entwicklungsprobleme im Mittelpunkt, sondern der Aufbau von umfassenden Partnerschaften zur Überwindung globaler Problemlagen. Für die zukünftige Zusammenarbeit mit Ankerländern (und Schwellenländern) unterstützt das DIE die Überlegungen, mit diesen gemeinsam an der Überwindung von Entwicklungsproblemen in Drittländern zu arbeiten (Dreieckskooperationen).</p>
<p><i>Gibt es Bemühungen der BR (und der EU) Instrumente der AWF weiter zu entwickeln, damit CSR-Prinzipien verbindlich werden?</i></p>	<p>Maßnahmen im Rahmen des CSR gehen über gesetzliche Bestimmungen hinaus und sind somit grundsätzlich freiwilliger Natur. Sie umfassen im Detail sehr unterschiedliche Maßnahmen, teilweise zur (sozial und ökologisch) nachhaltigeren Ausgestaltung der eigenen Wertschöpfungsketten, teilweise im geographischen oder sozialen Unternehmensumfeld (<i>community development</i>). Derartige Maßnahmen verpflichtend einzufordern, würde dem Ziel widersprechen, dass sich deutsche Unternehmen in Entwicklungsländern über das Maß hinaus sozial und ökologisch engagieren, zu dem sie aufgrund gesetzlicher Bestimmungen und/oder direkten Druck der Zivilgesellschaft oder von Kunden (Verhaltenskodizes) gezwungen sind.</p> <p>Allerdings kann die Förderung von privatwirtschaftlichem Engagement in Entwicklungsländern durchaus daran geknüpft werden, dass positive Entwicklungswirkungen erwartet werden. Dies geschieht beispielsweise bei Finanzierungen und Beteiligungen der Deutschen Investitions- und Entwicklungsgesellschaft DEG. Förderanträge werden im Rahmen des Geschäftspolitischen Projektratings darauf geprüft, ob steigende Staatseinnahmen, Deviseneffekte, direkte und indirekte Beschäftigungseffekte etc. erreicht werden können. Dies gilt für die Projekte im Geschäftsfeld Deutscher Markt, aber auch für Projekte von Unternehmen in Entwicklungsländern (Großteil der DEG-Engagements).</p>

<p><i>Wie müssen Förderungen definiert werden, dass private Instrumente nicht ersetzt, sondern ausgelöst werden?</i></p> <p><i>Administrativen Anforderungen?</i></p> <p><i>Vermeidung staatlich finanzierter Wettbewerbsvorteile gegenüber heimischen Firmen?</i></p> <p><i>Vermeidung der Begünstigung von Fehlinvestitionen?</i></p> <p><i>Wiedereinführung des Entwicklungsländer-Steuergesetzes?</i></p>	<p>Ein überwiegende Teil der deutschen AWF besteht in der Information und Beratung von Unternehmen, die sich in Entwicklungsländern engagieren (wollen). Da ein verbesserter Kenntnisstand die Möglichkeiten sachgerechter Unternehmensentscheidungen verbessert, ist dies ein sinnvoller und ausbauwürdiger Ansatz. Eine unangemessene Bevorzugung deutscher gegenüber Firmen in den Entwicklungsländern ist damit weitgehend ausgeschlossen, ebenso die Begünstigung von Fehlinvestitionen deutscher Unternehmen.</p> <p>Sinnvoll wäre aus Sicht des Sachverständigen, das Netz der Vertretungen der Außenwirtschaftsförderung in Entwicklungsregionen auszubauen, in denen sich die deutsche Wirtschaft bislang noch verhältnismäßig wenig engagiert.</p> <p>Gerade in Bezug auf diese Regionen ist aus Sicht des Sachverständigen fraglich, ob eine begrenzte finanzielle Unterstützung unternehmerischen Engagements – z.B. im Rahmen eines Entwicklungsländer-Steuergesetz – entscheidende Hebelwirkungen erzielen würde. Voraussichtlich begrenzten Wirkungen stehen bürokratische Kosten und die Risiken von Mitnahme-Effekten und Missbrauch gegenüber.</p>
<p><i>Erwägt die Bundesregierung die Einführung eines am niederländischen Vorbild orientierten Eigenkapital-Fonds für die Investoren des deutschen Mittelstandes?</i></p>	<p>Investitionen des deutschen Mittelstands zu unterstützen gehört zum Leistungsspektrum der Deutsche Investitions- und Entwicklungsgesellschaft DEG, seit 2001 Tochter der KfW-Bankengruppe.</p> <p>Die DEG stellt fast ausschließlich bankähnlich auf eigenes Risiko langfristige Finanzierungen für Unternehmen in den Entwicklungsländern und für deutsche Unternehmen zur Realisierung von Projekten in diesen Ländern (ca. 75% der jährlich eingesetzten Mittel) zur Verfügung. Darüber hinaus beteiligt sie sich (ca. 25% der Mittel) an Unternehmen im Investitionsland. Das Neugeschäft der DEG hat sich in den vergangenen Jahren dynamisch entwickelt, von einem Volumen von 464 Mio. EUR in 2002 auf 1 206 Mio. EUR in 2007. Das DEG-Geschäft hat einen klaren Schwerpunkt im Finanzsektor (49% der Neuzusagen 2007), gefolgt vom Verarbeitendem Gewerbe (23%) und dem Infrastruktursektor (18%).</p> <p>Der Großteil des DEG-Engagements findet in den Entwicklungsländern mit dort ansässigen Unternehmen statt. Das Geschäftsfeld Deutscher Markt umfasst Projekte deutscher Unternehmen im Ausland, von denen positive entwicklungspolitische Effekte erwartet werden. Diese erwarteten Wirkungen werden im Rahmen eines <i>Geschäftspolitischen Projektratings</i> ermittelt. Zwischen 2002 und 2007 wurden 89 Projekte im Geschäftsfeld Deutscher Markt realisiert.</p>

<p>Wie können Schwellenländer verstärkt in die wirtschaftliche Kooperation eingebunden werden?</p>	<p>Schwellenländer sind bereits heute stärker international verflochten als ärmere Entwicklungsländer. In vielen Fällen stehen sie vor der Herausforderung, einen wirtschaftlichen Strukturwandel zu meistern: Traditionelle Wirtschaftszweige werden teilweise von billigeren Anbietern verdrängt (z.B. Schuhfabrikation), an ihre Stelle müssen zunehmend wissensintensive Tätigkeiten treten. Dieser Strukturwandel kann z.B. durch die Stärkung der technologischen Kompetenzen im Rahmen der EZ (Hochschulpartnerschaften) und der wissenschaftlich-technologischen Zusammenarbeit unter Einbeziehung von privaten Unternehmen (z.B. im Rahmen von PPP) unterstützt werden.</p>
<p>Sollte nach dem Vorbildung des British Councils eine wirtschaftsnahe Institution geschaffen werden, die die Ausschreibungen des BMZ screent und Unternehmen bei Bewerbung unterstützt?</p>	<p>Angesichts der bestehenden Vielfalt von Organisationen empfiehlt der Sachverständige, eventuelle Neugründungen sehr sorgfältig abzuwägen. Zunächst sollte geprüft werden, wie bestehende Angebote besser genutzt werden können und ob hier eventuell begleitende Angebote (z.B. Beratung und Training für mittelständische Unternehmen) gemacht werden können.</p> <p>Beispielsweise besteht unter dem Dach der auch von Deutschland mitfinanzierten <i>Development Gateway Foundation</i> das Angebot „<i>dgmarket – tenders and consulting opportunities worldwide</i>“. Hier waren am 19.9. mehrere zehntausend Ausschreibungen aus 172 Ländern eingestellt. Auf derselben Plattform läuft auch „<i>AIDA – Accessible Information on Development Activities</i>“, das Interessierten Zugang zu Informationen über laufende EZ-Aktivitäten ermöglicht.</p> <p>Der Schwerpunkt des British Council liegt nach Kenntnis des Sachverständigen in der Förderung internationaler Beziehungen zu Großbritannien in den Bereichen Bildung, Kultur, Wissenschaft und Gesellschaft, einen erheblichen Teil seiner Einnahmen erzielt der British Council über Sprachkurse und Sprachprüfungen.</p>